

# Vorwärts

Bestellungen  
nehmen an alle Postämtern und Buch-  
handlungen des In- u. Auslandes.

Post-Expeditoren.  
New-York: Soc. -detr. Großen-  
schichtendruckerei, 154 Eldridge Str.  
Philadelphia: B. Koh, 630 North  
3rd Street.

J. Bell, 1129 Charlotte Str.  
Boston N.J.: J. W. Sorey, 215 Wash-  
ington Str.

Chicago: W. Sauerbrey, 74 Clybourne-  
Str.  
San Francisco: J. Bell, 418 O'Farrell Str.  
London W.: G. Kemp, 8 New-C-  
Golden Square.

## Unzeitgemäße Zeitgedanken eines Collaborators \*).

Daß nur nicht der Leser durch die Ueberschrift verführt auf den Gedanken komme, ich wolle zu der Arbeit meines Collegen vom Schwarzwalddraben, zu den Tausend Gedanken eines Collaborators von Berthold Auerbach ein Pendant liefern! Bei Leibe nicht! Unsere Zeit hat sich mit viel reiferen, greifbareren Gegenständen zu befassen als mit spinozistischer Selbstverleugung und Selbsterhebung, wenn auch heut zu Tage mancher Mann, angeekelt von der Misere der herrschenden Zustände, großend vom Lärm des Tages sich zurückziehen möchte, um in der Einsamkeit seiner Studirstube Trost zu suchen in den Werken unserer großen Denker, oder sich zu erfreuen an den Gestalten des römischen und helienischen Alterthums.

Allein gerade der Unmuth über die heutigen Zeitverhältnisse ist es, der mir die Feder in die Hand drückt, um mein volles Herz auszuschütten über die krankhaften Symptome, die in der letzten Zeit im öffentlichen Leben zu Tage getreten sind. Eines der ekelhaftesten Geschwüre am deutschen Volkstörper ist unstreitig die moderne Tagespresse — ich verstehe darunter die großen tonangebenden Journale —, in denen die öffentliche Meinung gemacht wird und das freudigste, gewissenlose Spiel, das eben mit dieser öffentlichen Meinung getrieben wird. Große Geister, wie Hegel und Göthe, hatten allerdings vor dieser öffentlichen Meinung keinen allzugroßen Respekt. So urtheilt Hegel in seiner „Rechtsphilosophie“ von derselben: „Die öffentliche Meinung verdient ebenso geachtet als verachtet zu werden, dieses nach ihrem konkreten Bewußtsein und ihrer Aeußerung, jenes nach ihrer wesentlichen Grundlage, die, mehr oder weniger getrübt, in jenes konkrete nur scheint.“ Daher ist auch nach Hegel die Unabhängigkeit von ihr die erste formelle Bedingung zu etwas Großem und Vernünftigem in der Wirklichkeit wie in der Wissenschaft.

Weshalb vernichtendes Urtheil hätte Hegel erst heutzutage über die öffentliche Meinung gefällt, wie sie in verzerrter Frage und häßlicher Karrikatur aus dem Spiegel der modernen Tagespresse entgegenringt, der Tagespresse, die von unseren Zeitungsschreibern vom Metier geleitet wird. Am treffendsten hat Lassalle diese Sorte von Volksbildnern in seinem Julian gekennzeichnet als „eine Bande unwissender und gedankenloser Buben, zu jeder bürgerlichen Handlung zu schlecht, zu ignorant zum Elementarschullehrer, zu unfähig und arbeitslos zum Postsekretär, und ebendeshalb sich berufen glaubend, Literatur und Volksbildung zu treiben.“ Wohl gemerkt, als Lassalle diese Worte schrieb, wußte man noch nichts von dem herrlichen Institut des Reptilienfonds, das systematisch die Kotte gewissenloser Soldschreiber von Regierungswegen heranzüchtete und ins Endlose vermehrte. Als eine Erlösung von beengendem Alpdruck wurde es daher unlängst empfunden, als die leider irrite Kunde aufsuchte, der Rechtsnachfolger des letzten Welfenkönigs habe seinen Ansprüchen entsagt und damit den Welfenfonds seiner edlen Bestimmung entzogen. Welche entsetzlichen, depravirenden Wirkungen dieses Institut auf den deutschen Volksgestalt hat und noch ausübt, will ich nicht näher schildern. Wer sich dafür interessiert, mag es des Näheren in dem trefflichen Buche des Prof. Wuttke „Die deutschen Zeitschriften“ nachlesen. „Die deutschen Zeitschriften von Prof. Wuttke, davon habe ich noch nichts gehört!“ höre ich manchmal Leser vermuntert ausrufen. Das mag wohl sein! Das ist ja eben das Geheimniß der modernen Tagespresse, daß alle tonangebenden, die öffentliche Meinung fabrizirenden Journale zu Coteries und Cliques vereinigt sind, wo einer auf den andern schwört, einer den andern herausstreicht, jeder den andern berührt macht, während die Werke verdienstvoller Autoren einfach todtgeschwiegen, oder, wenn dies nicht mehr angeht, in schamloser Weise heruntergerissen werden. Wuttke hat in seinem Werke der deutschen Tagespresse einen Spiegel vorgehalten; ihr häßliches Gesicht konnte sie darin schauen: aber sie hat wohlweislich ihre Wuth im Stillen hinuntergewürgt und Niemand draußen etwas davon verathen.

Consequenterweise wird daher immer noch Lassalle als „literarischer Sassenjunge“ mißhandelt, ein monumentales Werk, wie Marx' Kapital, mit einem Fußtritt „voluminöses Elaborat“ verächtlich bei Seite geschoben, so wurden die verdienstvollen Arbeiten eines Lange, Schäffle, Wagner, Scheel u. a. entweder ignoriert oder als staatsgefährlich denunzirt, während kritische und tendenziöse Pamphlete à la Treitschke und Bamberg, zusammengestoppelt und -gekleisterte Nachwerke à la Schupfer und Wehring sich des rauschenden Beifalls unserer

Tagespresse erfreuen und bei der urtheilslosen Masse der sog. gebildeten Mittelklassen, für die der Urrgermane Heinrich Leo den Ausdruck „Bildungspöbel“ erfunden zu haben scheint, reißenden Abzug finden.

Wie öffentliche Meinung gemacht, wie die Zeitgeschichte gefälscht wird, ist wahrhaft zum Erbarmen; Klio, die hehre Muse, ist zur gemeinen Cassendirne geworden, die von jedem hergelaufenen Buben nach Bezahlung sich gebrauchen läßt. Ein heiteres Exempel an einem solchen „Helden der Feder“, der sich Christof Wild nennt, hat unlängst die „Staatsbürgerzeitung“) statuirt, indem sie zur Evidenz nachgewiesen hat, daß das ganze Elaborat dieses Ritters von der traurigen Gestalt aus diversen Zeitungsartikeln zusammengeholet sei. Das Ergößlichste bei der Geschichte ist aber das, daß das Nachwerk dieses literarischen Strauchdiebs und Begelegeres von einem großen Theil der tonangebenden Presse belobigt worden ist; der „Schwabische Merkur“ z. B., dieser Typus der politischen Gefinnungslosigkeit, vulgo National-liberalismus genannt, ließ es sich nicht nehmen, als Leitartikel einen Auszug aus dem Opus dieses literarischen Vuskleppers, die sozialistische Proschüre- und Kalenderliteratur betreffend, zu bringen.

Das Diktum Schiller's von dem tintenledernen Säkulum, das einen anekelt, ist nicht mehr Wahrheit; nur Scheeren- und Kleisterarbeit ist es, die dem Leser in furchtlicher Hohlheit aus den Spalten unserer Tagespresse entgegenstrahlt.

Und zwar in allen Zweigen der Kunst, Literatur, Wissenschaft und Politik macht sich diese Schand- und Schundliteratur breit; in allen großen und kleinen Journalen glaubt diese Kotte gedanken- und gewissenloser Buben ihre literarische Rothbuxur verrichten zu dürfen, und sie gleicht darin den Hunden, daß sie mit Vorliebe die Monumente großer Männer be- —. Armer, guter deutscher Michel, wann wirst du endlich gewahr, daß du von einer nichtsnutzigen Bande unwissender Strolche am Narrenseile geführt wirst, wann ermannst du dich endlich aus deinem Schlaf und giebst deinen Verführern den verdienten Laufpaß?

Das elende Treiben dieser Volksverführer hat sich bei Besprechung der Ereignisse der letzten Monate am schamlosesten geoffenbart. In den Attentatstagen herrschte in den tonangebenden Journalen und den ihnen nachstehenden Blättern und Blättchen ein wahrer Hegenath, das reinste, unverfälschte Tohu-wa-bohu, wie es in der Schrift steht. Dafür hatte auch die Berliner Hegenath auf's trefflichste gesorgt; mit den Tränklein und Pulverlein, die dort gebraut wurden, waren aller Welt die Köpfe verrückt gemacht. Das Wundstieber, von dem das deutsche Volk in seiner großen Wehrzahl damals angesteckt war, hatte sich, künstlich genährt und großgezogen, zum förmlichen Delirium gesteigert.

Ueber jedem offenen, mannhaften Wort, das in jenen Tagen, der behörten und verwirrten Tagesmeinung zum Trotz, ausgesprochen wurde, schwebte das Damoklesschwert einer Denunziation wegen Majestätsbeleidigung oder Hochverrath, über dem Haupt eines jeden einer freieren Anschauung oder gar des Sozialismus verdächtigen Mannes der Knüttel der Ordnungscanaille.

Und all der Lärm ward in Szene gesetzt, all die Aufregung und Verbitterung unter das deutsche Volk geworfen — weil die Regierung mit aller Gewalt eine große Partei der Urheberschaft der verbrecherischen That zweier Halbidioten bezichtigte, ja die ganze Nation dafür verantwortlich machen wollte, als ob nicht noch heut zu Tage die Heine'schen Verse Geltung hätten:

Deutschland, die fromme Kinderstube,  
Ist keine römische Nördgrube — —  
Im Land der Eichen und der Linden  
Wird nimmer sich ein Brutus finden.

Aber freilich, selbst das harmloseste und geduldigste Volk kann, wie wir jetzt in Rußland sehen, durch Mißleitung und Willkürakte zum Außersten gebracht werden, daß es gleichfalls den Boden des Rechts, das für alle gleich sein sollte, verläßt und sich selbst sein Recht sucht.

Jeder aufrichtige Patriot, der es mit der Zukunft seines Vaterlandes ehrlich meint, muß mit glühender Seele wünschen, Deutschland möge von der Gefahr der Ausnahmegefeßgebung, die Attentate nur provoziren, nicht verhindern kann, verschont bleiben, die Regierung möge die Bahn verlassen, die sie zu wandeln entschlossen ist, oder wenigstens die Volksvertretung möge ihr ein energisches Halt zurufen. Kommt denn den Gefeßgebern nicht zum Bewußtsein, daß die verbotene Frucht, gleich der vom Baum der Erkenntniß gepflückten, stärker reizt und süßer schmeckt als die

\*) Bezeichnend genug ist dieser treffliche Artikel von fast allen Tagesblättern todtgeschwiegen worden: ich finde ihn nur in der „Germania“, und im „Vorwärts“ abgedruckt.

erlaubte? Haben sie denn ganz das römische Dichterwort vergessen: „Nimur in votum semper cupimusque negata.“ Erinnern sich unsere Gefeßfabrikanten, vulgo Bundesrath und Reichstag genannt, nicht des Ausspruchs von Tacitus: Je schlechter ein Staat ist, desto mehr Gefeße macht er — Ausnahmegefeße in Sozialismus, Einnahmegefeße in Tabak, Petroleum, Salz und anderen Luxusartikeln?

Eitle Hoffnungen! Der Staatsmann mit der einsamen Stirn ist einmal in eigensinniger Verblendung entschlossen, den Strom der Bewegung, der sich in immer breiteren Bogen über Deutschland ergießt, mit Ausnahmegefeßen einzudämmen, die weltbewegende Idee des Sozialismus mit Polizei- und Militärgewalt zu unterdrücken. Das Wort „verbrecherische Thorheit“ wird, ich fürchte es, auf den Schützen zurückprallen; doch darüber soll einmal die Geschichte zu Gericht sitzen!

Die unheilvollen Folgen, welche die projektirten Gefeße nach sich ziehen, lassen sich gar nicht übersehen. Von den Eingriffen ins Privateigenthum und Erwerberecht ganz zu schweigen, ist, glaube ich, am meisten die Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehren dadurch bedroht. Denket man ja jetzt schon in den reaktionären Organen mit den Fingern auf die Katheder gewisser Universitätslehrer, von denen herab der wissenschaftliche Sozialismus in die Kreise der Gebildeten eingedrungen sei!

So viel ist jedenfalls sicher, der sozialdemokratischen Partei als solcher — gegen diese soll ja der Schlag geführt werden — thut das Gefeß nicht den geringsten Abbruch. Die Agitation, vom Licht des Tages, von der Tribune und aus der Presse verdrängt, zieht sich ins Dunkel der Werkstatt, der Privatwohnung, der Kneipe zurück und wirkt hier um so intensiver.

Der Gegensatz zwischen den beiden freitenden Parteien ist am anschaulichsten bei der Sozialisten-debatte in den Reden Nebel's und Bismard's zu Tage getreten. Auf der einen Seite die treffliche Rede des Vertreters von Dresden, maßvoll und würdig, auf der andern die geistreich sein sollende nonchalante Causerie des Reichstanzlers, der oberflächlich die Vorwürfe des Gegners abfertigt und sich zum Champion Lassalle's im Gegensatz zu seinen heutigen Epigonen aufwirft, Lassalle's, der Bismard an politischem Scharfblick, Genie und eiserner Konsequenz gewiß ebenbürtig ist, an positiverm Wissen und umfassender, allseitiger Bildung ihn um Haupteslänge überträgt.\*)

Die Redner der übrigen Parteien wärmten ihren alten Kohl wieder auf: Reichensperger empfahl als Universalheilmittel gegen den Sozialismus den Glauben an die Autorität der Kirche. Kleist-Regow hatte ein noch viel probateres Rezept: Christenthum und Prügel. Die übrigen Redner klammerten sich an die Gefeßgebung durch den Staat, an Gefeße mit mehr oder weniger straff angezogenen Jägeln.

Allein nicht bloß mit Ausnahmegefeßen und Polizeimaßregeln, auch mit geistigen Waffen sollte der Kampf gegen den Sozialismus geführt werden: dies sieht wenigstens der vernünftige Theil der Gegner ein. Diesen Kulturkampf in vermehrter und verbesserter Auflage zu führen, dazu ist vor allem die Schule anzusehen. Die Liebe zum Vaterland, das Nationalitätsgefühl, der Mordspatriotismus sollte in den jugendlichen Gemüthern geweckt werden und dazu bietet z. B. das Sedanfest mit Schulleiern u. c. die beste Gelegenheit. Ich für meine Person bin ohnehin ein abgesagter Feind aller offiziellen Festivitäten, aber nichts ist mir aus innigster Seele so zuwider als gerade dieser Mordspatriotismus St. Sedan-Schwindel. Weil ich dem Druß von Oben nachgeben und doch etwas zur Erhöhung der Tagesfreude beitragen möchte, so besprach ich die Ursachen und Folgen des glorreichen siebziger Krieges, an der Hand des sechs- und sechzigziger, denselben kritisch beleuchtend, und ließ dann meine Jungen laufen.

Und wie ich, so handeln noch viele andere Lehrer, die unbeirrt von der Tagesmeinung, inmitten der todben, berauschten Menge, den Kopf kühl behalten, denen doch gewiß ein wärmeres Herz für das Wohl des Vaterlandes im Busen schlägt, wenn sie der Schule ein höheres, würdigeres Ziel stecken, als den Kindern Lust und Freude an Word und Krieg beizubringen.

\*) Rebenbel eine kleine Abkürzung: Die Werke Lassalle's, des „Denkers und Kämpfers“ — diese ehren- den Worte wollte ihm der unvergeßliche A. Böck auf's Grab setzen — besonders die kleineren Schriften, befinden sich in einem wahrhaft erbarmenswürdigen, trostlosen Zustande. Die neueste Ausgabe des „Julian“ wimmelt noch immer von entsetzlichen Druckfehlern! Könnte da keine Abhilfe geschafft werden?! Die jüngste Rede des Reichstanzlers böte ja die schönste Gelegenheit, eine Nationalabkürzung à la Wilhelmshöhe für die Sammlung und kritische Sichtung der Werke des bedeutendsten deutschen Pamphlisten nach Luther und Lessing zu veranstalten.

Glücklicherweise hat schon bei vielen Mitgliedern des Lehrerstandes, des niederen, wie des höheren, die Idee des Sozialismus siegreich sich Bahn gebrochen, so daß von Maßregeln und Erlassen, in denen die Schulbehörden allerlei Rezepte zur Bekämpfung des Sozialismus vorschreiben, nicht viel Erfolg zu erwarten sein wird. Die Geschichte bietet ja dem Lehrer verschiedene Beispiele und Analogien dar, an denen er die Wahrheit des Sozialismus treffend illustriren kann. In der Religionsgeschichte die mosaische Gefeßgebung und die Zeiten des Urchristenthums; in der antiken die ruhmvollen Kämpfe der Hellenen um ihre politische Freiheit gegen die Despotenheere und der Untergang dieser politischen Freiheit an der ökonomischen Unfreiheit und Ungleichheit trotz dem Opfer- und Todesmuth eines Agis und Kleomenes; im alten Rom die Kämpfe der Plebejer und Patrizier um politische Gleichberechtigung und die Werthlosigkeit eben dieser politischen Gleichberechtigung bei der immer mehr sich erweiternden Kluft zwischen Reich und Arm, die ein Tiberius und Cojus Gracchus umsonst auszufüllen suchten — Mißstände, die zum Untergang der Republik führten und Rom mit gebundenen Händen den Caesaren auslieferten; in der neueren und neuesten Geschichte die religiösen und politischen Bewegungen in ihren einzelnen Phasen, während die soziale eben jetzt an die Thore pocht.

Die Schule ist sicherlich ein bedeutsamer Faktor in der sozialen Bewegung, aber nicht im Kampf gegen den Sozialismus, sondern im Kampf für denselben. Zum Glück ist man jetzt soweit gekommen, in der Geschichte nicht mehr eine fortlaufende Kette von Kriegen und Schlachten zu sehen, in denen die Völker zur höheren Ehre ihrer Herren sich gegenseitig abschlachten, sondern die stetige Entwicklung der Menschheit zur Freiheit, in der Religion nicht mehr Wägen und Wunder zu lehren, sondern Liebe und Brüderlichkeit. Hier muß der Lehrer den Hebel ansetzen, interessante Streiflichter auf die Gegenwart fallen lassen, das Denken wecken, daß in unserem Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte doch nicht alles so ist, wie es sein sollte, im Gegentheil gar vieles faul, bis in's innerste Mark hinein morsch und faul ist.

So wird der Lehrer in die Herzen der heranwachsenden Jugend, der doch die Zukunft gehört, Liebe und Freude an den hohen, idealen Gütern der Menschheit als befruchtenden Samen ausstreuen, aber dieser Samen wird erst dann auf empfänglichen Boden fallen, wenn derselbe vorher tüchtig umgegraben, oder sagen wir der Zeitstimmung entsprechend untergraben und unterwühlt sein wird. Unter den jetzigen Umständen wird diese Arbeit im Dunkel behusam schiebend sich vollziehen, sie wird Maulwurfsarbeit sein müssen. Oder gefällt den Herren das Bild nicht? Gut denn, ein anderes! Wenn die Stille des Kirchhofs, wenn Dämmerung und Nacht über die deutschen Gänge sich gelagert haben, dann ist es Zeit, daß die Gule der Minerva ihren Flug beginnt. Der deutschen Wissenschaft, insbesondere dem deutschen Lehrerstande ein frohliches Glück auf zu diesem Fluge.

## Lassalle und die Produktivgenossen-schaften.

Unter dieser Ueberschrift bringt der bekannte Sozial-Politiker Dr. Rudolf Meyer, der die Antwort der Herren Schumacher-Bachlin (Siehe Nr. 117 des „Vorwärts“) und Professor A. Wagner (Siehe heutige Nummer) noch nicht gelesen hat, auf seine erste Interpellation in der „Germania“ folgenden Brief:

„Nachdem ich vergebens fast zwei Wochen darauf gewartet habe, daß die Herausgeber der Briefe Lassalle's an Robertus“), die Herren Schumacher-Bachlin und Professor Dr. Adolph Wagner meinem durch den offenen Brief an sie gerichteten Ersuchen, den korrekten Text der Briefe wieder herzustellen, nachkommen würden, halte ich mich verpflichtet, selbst den damals versprochenen Aufschluß zu geben. Leider kann ich das bezüglich des weggelassenen Namens“) nicht mit genügender Sicherheit thun, wohl aber, was den „berben Ausdrud“ anlangt. Ich kann es nicht nur thun, sondern ich muß es thun, da ich es Robertus versprochen habe. — Seite 5 der Proschüre giebt A. Wagner ein Bruchstück aus einem Schreiben, das, sagt er, „wie es scheint, an einen Führer der neueren Arbeiterbewegung“ gerichtet ist. Januoh, und ich kann Herrn Wagner auch den Namen des ihm unbekanntem Sozialdemokraten nennen. Robertus wollte, ich glaube 1873 oder 1874, einen Brief an Herrn Hafenclever richten“), nachdem

\*) Briefe von Ferdinand Lassalle an Karl Robertus-Zagehew. Mit einer Einleitung von Adolph Wagner. Berlin 1878. Verlag von Puttkammer und Mühlbrecht.

\*) Collaborator = Mitarbeiter.

er in meiner Begleitung einer großen Versammlung der Lassalle'schen Partei beigewohnt hatte. Den Entwurf des Briefes, welchen A. Wagner leider nicht ganz abdruckt, kannte ich. Robbertus sagt nun darin, daß er „treifige Gründe“ habe, die Briefe Lassalle's noch nicht zu veröffentlichen. Dazu bemerkt A. Wagner in einer Note, er wisse aus mündlicher Mitteilung von R., daß dieser später eine frühere Veröffentlichung für erwünscht hielt. Den Grund, weshalb R. noch nicht die Briefe Lassalle's veröffentlichen wollte, giebt er sofort an; es gab, meint R., einen „esoterischen und exoterischen Lassalle“. Mit Fremden vermüht man die Bestätigung dieser Behauptung des R., wenn man die publicirten Briefe liest. Man würde sie aber finden, wenn man das Original des Briefes Nr. 12 lasse und darin sähe, daß Lassalle seine Produktivassoziation kaum noch aufrecht erhält, bereit ist, sie einer anderen ökonomischen Maßregel, die Robbertus etwa ausfindig hätte, zu opfern — so weit ist der Text anscheinend korrekt — dann aber schließt er: „Man muß dem Rob etwas bieten“. Robbertus liebte Lassalle und wollte, daß dessen Popularität in der Arbeiterwelt nicht durch Publicirung dieses „berben Ausdrucks“ ruiniert würde, es sei denn, die politische Situation fordere dies Opfer. Den Moment für eine solche Publication bezeichnete er mir alsdann gekommen, wenn die Regierung sich endlich mit der sozialen Frage, resp. mit der Sozialdemokratie beschäfte, sei es, letztere zu unterdrücken, sei es, Reformen einzuführen, unter denen etwa wieder von Produktivassoziationen die Rede sein würde. Es werde sich, sagte mir Robbertus, aus dieser Stelle ergeben, weshalb er, Robbertus, sich nicht an der Lassalle'schen Agitation betheiligte und weshalb — wahrscheinlich — auch Carl Marx den Lassalle so vornehm abweisend in einer kurzen Note zur Vorrede seines „Kapital“ behandle. Lassalle sei wesentlich ein ehrgeiziger Politiker gewesen, der vor allen Dingen eine starke Partei habe um sich versammeln wollen. Er habe in solchen Ansehungen wie „Rob“ vom Volk gewohnheitsmäßig gesprochen, obgleich er ernstlich den Wunsch gehabt habe, die Lage der arbeitenden Massen zu verbessern. Er sei erst in zweiter Linie sozialer Agitator gewesen und habe diese Seite seiner Thätigkeit der ersteren dienstbar gemacht. Auf seine, des Robbertus, Vorhaltung (die sich in jenem Briefe von R. finden muß, auf den Lassalle in Nr. 12 antwortet), daß die Produktivassoziation ein neues Corporationseigentum schaffen werde, daß Corporationen noch egoistischer seien als Individualitätseigentümer, habe Lassalle ernsthaft gar nicht mehr dies System vertheidigt, sich aber trotzdem desselben weiter als Agitationsmittel bedient und dadurch die ihm vertrauenden Arbeiter mißleitet. In dem Seite 5 aufgeführten Briefe an Hasenclever wollte R. diesen hierauf aufmerksam machen, weil es ihm wehe that, daß dieser große Allgemeine deutsche Arbeiterverein so in der Irre taumele, wie er sich ausdrückt. Die Rücksicht auf das Andenken Lassalle's überwiege indes, und der Brief ging nicht ab. Heute aber hat Herr Hasenclever nach meiner Ansicht das Recht, diesen für ihn bestimmten Brief von den Herausgebern zu reclamieren und zu publiciren, denn der Umstand, welcher Robbertus damals von der Absendung dieses Briefes zurückhielt, ist durch meine vorliegende Erklärung hinfällig geworden. Mir sagte R., wenn ich eine neue Ausgabe meines „Emanzipationskampf des vierten Standes“, zu dem er mir ja selbst werthvolles Material geliefert

hat, veranstaltete, so möge ich, mit Weglassung jenes Ausdrucks, erklären, daß die Produktivassoziation von Lassalle nicht ernsthaft gemeint gewesen sei. Wenn aber jemals die Regierung etwa mit diesen experimentiren wolle, so solle ich jene Stelle wörtlich publiciren, um ein solches Unglück — dafür sah Robbertus es an — zu verhüten. Nachdem nun Fürst Bismarck im Reichstage einen Versuch in großem Stil mit solchen Assoziationen nicht nur nicht von der Hand weist, sondern fast in Aussicht stellt, scheint mir der Moment gekommen, mein damals Robbertus gegebenes Wort zu halten. Der Fürst sagt, auch Herr Bebel Abends Zutritt zu ihm finden. Der wird ihn nicht suchen. Ob die Stöder'schen Arbeiter einer solchen Einladung eine ebenso große Charakterstärke entgegensehen würden, wie es Liebnicht und E. Marx ähnlichen Versuchen gegenüber thaten, bezweifle ich. . . . Sobald das neue Sicherheitsgesetz, das ich lieber „Unsicherheitsgesetz“ nennen möchte, zwei bis drei Jahre gewirkt haben wird, so wird die Nothwendigkeit, irgend etwas zu thun, um die Waffen auszuwaschen, aller Welt klar sein. . . . Bei solchen Auskünften glaube ich mich berechtigt, den mir erteilten Auftrag des Dr. Robbertus jetzt auszuführen. Gegenüber den mir ehemals befreundeten Herren Herausgebern habe ich große Rücksicht gebrannt, indem ich nicht schon vor einem halben Jahre, als ich die von ihnen herausgegebene Broschüre zum ersten Male las, diese Eröffnungen machte. Jetzt verpflichtet mich mein verpöndetes Wort, diese Rücksicht schwinden zu lassen, und ich muß das ernste Ersuchen an sie richten, jetzt nicht nur jene Correkturen, die sie in Lassalle's Briefen machten, zu bekennen, sondern auch die in der Einleitung gegebenen Bruchstücke aus den Manuskripten des Robbertus — namentlich den Brief an Hasenclever, Seite 5 und 6 — zu vervollständigen, so wie sie sie im Nachsatz fanden. Seite VIII verhiessen die Herausgeber „weitere Publicationen aus Robbertus Nachlaß“ und setzen hinzu: „Manches muß aus einzelnen Entwürfen und Vorarbeiten zusammengestellt werden.“ Es ist zu hoffen, daß sie diese Vorarbeiten und Entwürfe wörtlich, ohne jede Weglassung und ohne jeden Zusatz, zum Abdruck bringen, sonst verliert ihre Arbeit jeden Werth. Die Väter der nachgelassenen Werke von Robbertus sind berechtigt, zu finden, was Robbertus sagte, nicht das, was Wagner — Schühmacher meinen, das er hätte sagen sollen oder können. Robbertus, der mir so manchen Artikel für die „Berliner Revue“ geliefert hat, bildete von der doch verantwortlichen Redaktion keine, auch nicht die geringste Aenderung oder Auslassung. Er würde sich im Grabe umdrehen, wenn er sähe, wie mit seinem Nachlaß umgegangen wird.

28. September 1878.  
Dr. R. Meyer.  
1) Wie sich herausgestellt hat, ist Herr Max Wirth gemeint. R. d. B.  
2) Was die Entstehungsurache dieses Briefes an Hasenclever anbelangt und über eine kurze Unterredung desselben mit Robbertus werden wir in einer der nächsten Nummern des „Vorwärts“ berichten. R. d. B.  
3) Einen „esoterischen und exoterischen Lassalle“ — heißt „einen für die Eingeweihten und einen für die Uneingeweihten verständlichen Lassalle“. R. d. B.  
4) „Man muß dem Rob etwas bieten“ — dies mag Lassalle, der überhaupt das Wort „Rob“ gern gebrauchte (siehe Dahlat-Schulze), auch in Bezug auf die Arbeiterklasse in einem bestimmten Falle wohl gebraucht haben. Er meinte aber da-

mit nur diejenigen Bestandtheile der Arbeiterklasse, welche sich seiner Agitation anschlossen entweder aus augenblicklichem Vortheil, oder aber deshalb, um schon in nächst-nächster Zeit durch die Errichtung von Produktivgenossenschaften aus der Lohnsklaverei zur Herrschaft zu gelangen. Daß Lassalle in der ersten Zeit der sozialdemokratischen Bewegung mit solchem „Rob“ rechnen mußte, ist leider zu bedauern. Daß Lassalle aber die gesammten Arbeiter niemals mit einem solchen Ausdruck belegt hat, geht aus seiner ganzen sonstigen Handlungsweise hervor und besonders aus seiner nicht öffentlichen, sagen wir aus seiner „esoterischen“. Zahlreiche Arbeiter, Lohnarbeiter (der verstorbenen Richnowski, dann der alte Hans Pisch in Düsseldorf haben oft genug erzählt, wie wahrhaft veriraunt Lassalle mit ihnen umgegangen sei) in Düsseldorf, Berlin u. c. könnten dafür einsehen. Uebrigens wird wohl selten bei einem Privatbrief ein Ausdruck in ganz bestimmter Weise formulirt, weil der Briefschreiber schon ein größeres Verständniß des Empfängers in Bezug auf seine Ausdrücke voraussetzt. Im Uebrigen sei bemerkt, daß Herr Dr. Rudolf Meyer sich auch sehr leicht mit seiner Behauptung irren kann, besonders da A. Wagner (siehe unter Uebersicht) eine so bestimmte Erklärung abgibt und ferner weil im Brief 5 (also nicht 12) Seite 46 der Lassalle'schen Briefe an Robbertus der Ausdruck „Rob“ in einem ähnlichen Zusammenhang schon vorkommt, wodurch Meyer getäuscht sein mag. Es heißt nämlich in dem Briefe 5, daß der innerste Kern der Lassalle'schen Anschauung in Bezug auf die Arbeiterfrage in der Ablösung des Grund- und Kapitaleigentums — und nicht in der Einführung von Produktivgenossenschaften bestehe; „freilich darf man das dem Rob heut noch nicht sagen“.

R. d. B.  
5) Siehe 4. Zu bemerken ist, daß im Brief 10 (Seite 66) nochmals der Ausdruck „Rob“ aber nicht auf Arbeiter, sondern auf die zahllosen gegnerischen Literaten u. c. angewandt worden ist. R. d. B.  
6) Lassalle nahm die Produktivgenossenschaften wohl ernsthaft, aber nicht zur Lösung der sozialen Frage, sondern zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen. Robbertus halte dem Lassalle irrtümlich untergeschoben, daß er die Genossenschaften zur Lösung der sozialen Frage empfehle. Dagegen verwahrt sich Lassalle ausdrücklich im Brief 12 (Seite 71). Als Agitationsmittel bedienen wir uns der Produktivgenossenschaften noch immer, aber auch um die Lage der Arbeiter etwas zu verbessern. Dr. R. Meyer irrt sich entweder in Robbertus, oder Robbertus hat sich in Lassalle geirrt. R. d. B.  
7) Ist durch 6 im Allgemeinen erledigt. Der Allgemeine deutsche Arbeiterverein faßte die Produktivgenossenschaften als Agitationsmittel und als eine Beihilfe zur Besserstellung der Arbeiter auf — taumelte also nicht in der Irre. R. d. B.

### Sozialpolitische Uebersicht.

— Die Umsturzcommission des deutschen Volksrechts trat am vorigen Dienstag zur zweiten Sitzung des Kaiser'schen Gesetzentwurfs gegen die Sozialdemokratie zusammen.  
§ 1 lautet nach der ersten Lesung: Vereine, welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder communistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung bezwecken, sind zu verbieten. Dasselbe gilt von

Bereinen, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder communistische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den Frieden oder die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdender Weise zu Tage treten.

Zu diesem Paragraphen verliest der Abg. Laster folgende Erklärung: „Der § 1 ist bestimmt, dem ganzen Gesetze das charakteristische Merkmal zu geben und die Behörden (Verwaltungs- und Controlinstanz) an die hier gesteckten Grenzen zu binden. Das Gesetz soll nicht alle sozialistischen, sozialdemokratischen oder communistischen Tendenzen und deren Vertheiligung und Verbreitung aus den Vereinen, Versammlungen und aus der Presse verdrängen. Dies wäre besonders in der Presse ohne eine völlige Zerstörung der Pressefreiheit schon äußerlich unburchführbar. Dagegen soll das Gesetz verhindern, daß fernerhin in Vereinen, Versammlungen und in der Presse Bestrebungen sich geltend machen, welche die unter allen Umständen, allenfalls mit Gewalt herbeizuführende Umwandlung der Grundeinrichtungen des Staates oder der Gesellschaft als Ziel hinstellen, oder ohne ausdrückliches Bekenntniß nach dem gewöhnlichen Verlauf der Dinge unter Störung des öffentlichen Friedens auf dieses Ziel hinauslaufen. Demgemäß bezeichnet der von mir vorgeschlagene § 1 zwei gesonderte Fälle, in denen das Verbot des Staates eintreten darf. Der erste Fall (Abs. 1) behandelt Vereine, welche den gesammten Inhalt ihrer Thätigkeit auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung richten, indem entweder die Satzungen dies ausdrücklich anerkennen oder andere für den Verein ohne ausdrückliche Erklärung oder neben einem bloß zum Vorwand dienenden Inhalt der Satzungen seine Einrichtungen nach jenem Zweck und durch conclusive Handlungen der bezeichneten Zweckbestimmung darlegt. Der weitere Fall (jetzt Abs. 2) behandelt Vereine, welche wahrheitsgemäß eine zulässige Zweckbestimmung dienen, daneben aber Bestrebungen, welche darauf gerichtet sind, den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung herbeizuführen, in ihrer Mitte zur Geltung und zum erkennbaren Ausdruck gelangen lassen. Beide Fälle wenden sich gegen die Methode der Agitation, welche durch die Gewaltthätigkeit ihres Zieles oder der Mittel den öffentlichen Frieden gefährdet. Das Moment der Gewaltthätigkeit bezeichnet der Ausdruck „Umsturz“; die durch diesen Ausdruck charakterisirten Bestrebungen treten in Gegensatz zu einer reformatorischen Thätigkeit, welche die allmähliche Umleitung der gegebenen in völlig neue Verhältnisse durch den Wechsel der öffentlichen Ueberzeugung herbeizuführen strebt, und diese Ansicht nicht durch bloßes Wortbekenntniß, sondern durch die Wahl der Mittel darthut. Die Friedensgefährdung tritt erst ein, wo die Gewalt als Nothwendigkeit oder zulässiges Mittel erkannt wird oder trotz wörtlicher Ablägung in schlüssiger Weise aus den Handlungen sich ergibt. Eignet der Verein sich die bezeichnete Zweckbestimmung an (Absatz 1), so braucht zur Unterdrückung desselben nicht erst eine friedensgefährdende Handlung abgewartet zu werden, wenn eine jenem Zweck entsprechende Wirkthätigkeit erwarten läßt. Wo dagegen ein Verein mit an sich zulässiger Zweckbestimmung wegen zur Geltung getommener Bestrebungen der

### Ein Held.

Der soeben in Stettin durchgefallene, damit leider aber noch nicht von der politischen Bühne verschwundene Kapp war, gleich seinem Parteigenossen Bamberger in den zwei „tollen Jahren“ (1848 und 1849) ein gar gewaltiger Revolutionär vor dem Herrn und hatte mit dem Reichsheimlandener Helden auch das gemein, daß er kein Palver riechen konnte — eine Eigenschaft, durch welche sie beide im Voraus zu Nationalliberalen prädestinirt wurden. Von was für Stoff der Bismarck'sche „Wahl Kapp“ gemacht ist und wie kühn er im September 49 — davongeloffen, daß erzählt uns der kürzlich in Amerika als Flüchtling verstorbene Dr. Karl Riedel, republikanisches Mitglied des Frankfurter Parlaments, in einem am 3. August 1871 geschriebenen Brief, welcher besagt:

„Unser Friedrich Kapp ist der Sohn des Studiendirektors Kapp in Hamm, Westphalen; er studirte in Heidelberg einige Jahre Rechtswissenschaft und fand, ohne ein Staatsexamen gemacht zu haben, Beschäftigung auf westphälischen Gerichten. Das Jahr 1848 rief ihn nach Frankfurt, von wo aus er trotz des erbärmlichen Stills, den er in seiner Eigenschaft der Sklaverei bekämpfte, Correspondent der (communistischen) „Neuen deutschen Zeitung“ von Lening in Darmstadt und Ruge's „Reform“ in Berlin wurde. Er wußte sich in den Frankfurter Arbeitervereine einzudrängen und wurde auf ganz kurze Zeit dessen Präsident, da er doch etwas mehr Bildung als die übrigen Mitglieder besaß. Der 18. September 1848 erschien und der Hauptschlag sollte durch den Frankfurter Arbeiterverein, Friedrich Kapp an der Spitze, ausgeführt werden. Am Abend vor dem verhängnisvollen Tage wurde eine äußerst trotzig Petition des Arbeitervereins an das deutsche Parlament entworfen und von Frau Kapp unterzeichnet. Sie wurde nicht durch ihn, sondern durch eine Delegation des Vereins am 18. September 1848, Morgens 9 Uhr, in der Paulskirche überreicht, während zur selbigen Stunde Kapp auf der Barrikade des Arbeitervereins in der Ziegelgasse eine feurige Rede hielt und seine Arbeiter zu Muth und Begeisterung entflammte. Um halb 10 Uhr

Vormittags kam Kapp zu mir in die Paulskirche ganz außer Athem und erbat sich den Schlüssel zu meiner Stube, weil er sich verstecken wollte, indem er sicher arretirt würde — verstecken, ja verstecken, während der von ihm angefaßte blutige Kampf in heller Vohle emporschlug. Ich gab ihm den Schlüssel zur Thür meines Zimmers, das mit dem des Privatsekretärs des Fürsten von Veiningen, Morz Schüller, aus Bayreuth zusammenstieß, und Kapp brachte einen großen Theil des übrigen Tages dort zu. Meine Wohnung war nahe dem Hundespalais in der Eschenheimergasse. Nach Tisch kam ich nach Hause und sah den jungen Freiheitshelden buchstäblich von Blut triefend. Seine Aufregung war eine entsetzliche. Er blutete fortwährend aus der Nase und ich fand später mehrere gelbe, ganz mit Blut getränkte Foultards. Schüller kam auch bald nach Hause und erzählte mitten unter dem Kanonendonner eine der drolligsten Anekdoten, die ich je hörte. Er war nämlich vom Fürsten Veiningen, dem Premier-Reichsminister, zum Reichsverweser, der an der Vothenheimer Straße wohnte, geschickt worden, um bei diesem anzufragen, was in der gewaltigen Reize zu thun. Der Reichsverweser war im Hofe seines Hauses damit beschäftigt, seinem vierzehnjährigen Sohne Unterricht im — Stelzengehen zu erteilen. Er ließ sich darin vom Voten des Reichsministers nicht stören, sondern antwortete in ganz gemüthlicher Weise: „Dass waß i a nit.“ (In den Münchener „Neuchfugeln“ wurde der Auftritt herrlich illustirt.) Zugleich verbreitete sich die Nachricht von der Ermordung Auerswald's und Richnowski's. Im Beck'schen Garten, ganz in der Nähe des Schauspielplatzes der Grenelstraße, an der Straße nach Bornheim, wohnte Ludwig Feuerbach, der die größte Zeit der Parlamentszeit über in Frankfurt zubrachte, und ich hielt es für meine Pflicht, ihn dort, wenn er vom Pöbel cernirt sei, aufzusuchen. Er war nicht dort, sondern hatte mich in meiner Wohnung aufgesucht, wo ich ihn in Gesellschaft Kapp's und Schüller's fand. Es war gegen 6 Uhr, und die Kartätschen piffen ganz lustig um die Barrikaden der Feil, an der Stelle, wo die Fahrgasse einmündet. Wir vier, Feuerbach, Kapp, Schüller und ich, begaben uns

hierauf aus der Eschenheimer Gasse nach der Feil, wo wir bis zum Postgebäude gelangten und dem Pfeifen der Kartätschen zuhörten. Ich sehe Herrn Kapp heute noch, wie er sich hinter eine Säule duckte und in den Kampfesraum hinauslugte. Schüller nahm ihn hierauf in seinen Schutz, sie erkentten sich des Weines und des Mahls und am andern Morgen war Herr Kapp als heldenmüthiger Kämpfer bei dem Frankfurter Auffstand verfallen. Er fand in Paris im Hause des russischen politischen Agenten Alexander Herzen Aufnahme. In Rempsel verband er sich mit Julius Fröbel zu einem Geldanleihegeschäfte.“

So weit Dr. Riedel. Alles von ihm Erzählte ist buchstäblich war, wie wir aus eigener Kenntniß des Sachverhalts bezeugen können. Die Erbitterung der Frankfurter Arbeiter über den feigen Ausreißer war so groß, daß ihm sicherlich eine sehr fühlbare Dektion erteilt worden wäre, wenn er es nicht so gut verstanden hätte, sich unsichtbar zu machen.

— Omnia's. Bismarck's Jüngster, der auf so sonderbare Weise in den Reichstag geschickt ward — hat von nationalliberalen Abgeordneten den Spitznamen „Lulu“ erhalten — so melden die Blätter. Ob die „wichtigen“ Parlamentarier daran gedacht haben, welches Ende der Papa des Original-Lulu genommen hat? Papa Bismarck wird über den Scherz kaum sehr erbaut sein.

— Non olet. Mit den Orden scheint es zu sein wie mit dem Gelde; wer sie liebt, der nimmt sie, wo er sie findet, und fragt nicht nach dem Geruch, nicht nach der Nationalität, nicht nach der Religion. Ein erbseindlicher Orden büffel ebenso süß wie ein erbfeindlicher, und dem striktesten Juden häßt das Herz im Leibe, wenn ihm ein spezifisch christlicher Orden ins Knopfloch geworfen wird. So lesen wir jetzt im „Reichsanzeiger“ daß S. M. der Kaiser die Erlaubniß zur Anlegung folgender Orden verleiht hat: des Ritterkreuzes des Igl. portugiesischen Militärordens der Empfängniß Unserer Lieben Frau von Villa-Vicola; dem Seidenwaaren-Fabrikanten Moses Vissauer zu Berlin; des Ritterkreuzes des

Igl. portugiesischen Christus-Ordens; dem Weinhändler Moritz Abraham Wolff zu Frankfurt a. M.

— Ein Humbug. Der „berühmte“ Prägerredakteur der „Tribüne“, Heinrich Dürholt, veröffentlicht in der „Magdeburger Zeitung“ ein Feuilleton: „Die letzten Lebensstage Ferd. Lassalle's“ unter das er die stolzen Worte setzt: „Nachdruck ist nur mit Genehmigung des Verfassers gestattet.“ Die Bescheidenheit dieser Notiz wird in ihrem vollen Umfange begriffen werden, wenn wir mittheilen, daß neun Heftel des Dürholt'schen Nachwerkes aus den Broschüren Bernhard Becker's und der Wurzbach zusammengestoppelt sind, und das letzte Heftel ebenfalls nur Bekanntes, gemischt mit schlechthilffirtem Blech enthält. Ebenso gut könnte Herr Braun, „unser“ Braun, vor Nachdruck „seiner“ Opera warnen.

— Zum „Kaiser-Wilhelm-Garten“ in Berlin. Unser Berliner Parteiorgan bringt folgendes sehr interessante Eingeladene:

Geehrte Redaktion! Sie haben in Ihrer Sonntagsnummer berichtet, daß der Besitzer des Lokals Kaiser-Wilhelm-Garten, Belle-Alliancestr. 87, der polizeiliche Auftrag geworden ist, binnen drei Stunden das Schild zu entfernen, weil auf demselben sich der Name des deutschen Kaisers befinde, der prosanirt werde, indem Sozialisten in dem betreffenden Lokale verkehren. Diese Maßnahme der Polizei erscheint dem Unterzeichneten als sehr im Interesse der Sozialdemokratie selbst gelegen und glaubt derselbe, daß die Polizei sich durch ihr Vorgehen den Dank der gesammten Sozialdemokratie verdient hat. Der Schreiber dieser Zeilen reißt viel in Deutschland herum und bei der Gelegenheit hat er die Erfahrung gemacht, daß fast alle öffentlichen Lokale zweifelhaften Rufes, die Verkehrsstätten der Demimonde und des Louisianthums in allen deutschen Städten mit hochpatriotischen Namen versehen sind. „Für deutschen Eiche“, „Zum deutschen Rhein“, „Zum Kronprinzen“, „Seban“, „Zum deutschen Kaiser“, „Für Reichskrone“, das sind durchgehends die Titel derjenigen Lokale, denen fern zu bleiben besonders unserer Jugend nicht dringend genug angerathen werden kann. Besonders in den Seestädten, und davon

bezeichneten Art verboten sein soll, muß der Thatbestand durch friedensgefährdende Handlungen erkennbar gemacht sein, doch in analoger Folgerung, wie in der Begründung des ersten Absatzes durchaus unwahrscheinlich ist, daß jene Bestrebungen sich geltend machen sollten, so lange keine den öffentlichen Frieden gefährdende Handlung vorliege. Die Worte „die Eintracht der Bevölkerungsklassen . . . gefährdende“, sollen eine spezielle Art der Friedensgefährdung hervorheben, welche zwar ohnehin unter den Hauptbegriff fällt, hier aber um deswillen besonders hervorgehoben wird, weil geschichtlich dies Symptom fast ausschließlich die unter das Verbot zu stellende Agitationsmethode beherrscht hat.“

Darauf nimmt Graf Eulenburg das Wort namens der Reichsregierungen. Es wollen, so führt er aus, die Regierungen das Wort „Untergrabung“ im § 1 beibehalten wissen. Wie weit bei Anwendung des Wortes „Umsturz“ die Interpretationen auseinander gehen, habe man soeben aus der zwischen dem Abg. Lasker und dem Abg. Schaus stattgefundenen Discussion ersehen können. Ferner wünschen die verbündeten Regierungen, daß die hinein amendierten Worte: „in einer den öffentlichen Frieden oder die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise“ gestrichen werden. Im Allgemeinen erklären die Regierungen den Rahmen des Gesetzes, wie es aus der ersten Lesung der Commission hervorgegangen ist, für acceptabel. Die Beschlüsse wegen der Controlinstanz nehmen sie im Prinzip an, jedoch sind sie für die Modification, daß die fünf vom Bundesrathe zu wählenden (aber nicht aus seiner Mitte entnommenen) Mitglieder der Reichscommission nicht bloß aus den Mitgliedern der obersten Gerichtshöfe des Reiches und der Einzelstaaten, sondern auch aus den Mitgliedern der Oberverwaltungsgerichte der Bundesstaaten sollen entnommen werden können. Endlich soll der Kaiser den Vorsitzenden, sowie den stellvertretenden Vorsitzenden der Reichscommission aus freier Wahl ernennen. — Betreffs des wichtigen Punktes der Terminbestimmung, bis zu welcher Zeit das Gesetz Gültigkeit behalten soll, sind die Regierungen eigentlich gegen jede Fixirung eines bestimmten Termins, jedenfalls aber sei die in der Commission angenommene Zeitdauer von 2 1/2 Jahren (bis zum 31. März 1881) eine zu geringe, auf die sich die verbündeten Regierungen nicht einlassen könnten.

Es wird nun von der Commission beschlossen, nach Anhörung der Rede des Ministers Grafen v. Eulenburg die Verathung über § 1 des Gesetzes anzusetzen, da die Mitglieder der einzelnen Fraktionen zuvor unter sich über die Eröffnungen des Ministers sich berathen und Stellung zu ihnen einnehmen wollen.

Man beginnt sofort mit der Verathung des § 1a, der von den genossenschaftlichen Klassen handelt und lautet:

Genossenschaftliche Klassen, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder communisistische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen zu Tage treten, sind in Verwahrung und Administration zu nehmen. Die Befugnisse des Vorstandes gehen auf die administrirende Behörde, beziehungsweise auf den von der Behörde bestellten Administrator über.

Im Uebrigen sind Verbindungen jeder Art den Vereinen gleichgestellt.

Die Subcommission beantragt, diesen Paragraphen folgendermaßen zu fassen:

besonders wieder in Hamburg auf Sankt Pauli, giebt es keine Kneipe zweifelhaften Rufes, welche nicht über ihrer Eingangstür irgend einen hochpatriotisch klingenden Titel als Firma führte. Daß weiter in keinem Tengel-Tangel und in keinem Restaurant mit „Damen“-Bedienung das Bild des Kaisers, des Kronprinzen, sowie Moltke's und Bismarck's fehlt, ist bekannt. Wie nun deshalb die Polizei die Besitzerin des Lokals Belle-Alliance-straße 87 gezwungen hat, die durch den Mißbrauch der damit getriebenen, anrüchlich gewordene Firma zu entfernen, so kann das Lokal nur gewinnen; wir Sozialisten aber gewinnen ebenfalls, indem Mancher, der dem Titel nicht traute, da er anderwärts gemißt worden, jetzt, nachdem durch polizeiliche Hülfe alles Anstößige beseitigt worden ist, ins Lokal geht und dort in sozialistischer Gesellschaft bald zum Sozialismus bekehrt werden wird.

Achtungsvoll  
Berlin, 9. September 1878. P. S.

— Mit dem 1. d. Mts. ist die Neuerung in Kraft getreten, daß für den internationalen Postverkehr besondere Postarten mit einem eingedruckten Behauptungs- und Währungszeichen ausgegeben werden und ausschließlich diese Postarten für den erwähnten Verkehr in Anwendung kommen dürfen. Damit wären denn die gewöhnlichen mit dem Stempel von 5 Pfennig versehenen Postarten, welchen man eine Pfennigmärke zufügte, und diejenigen Postarten ausgeschlossen, welche die Postverwaltung ohne eingedrucktes Währungszeichen verläßt, während bei den neu hergestellten Postarten jedoch eine Behauptungsmärke für den Fall zugesügt werden muß, daß dieselben nach Vändern gehen, für welche der einfache Brief mit vierzig Pfennig tarirt wird. Es ist für die erste Zeit wohl unaussprechlich, daß unter diesen Umständen Verwirrung eintritt, die für den weniger erfahrenen Abnehmer um so schlimmer wirkt, als die nicht vorschristsmäßigen Karten gar nicht zur Abfindung gelangen.

— Vor kurzem starb in Stuttgart der bekannte Geschichtschreiber W. Zimmermann, der Verfasser der Geschichte des Bauernkriegs. — Dr. Petermann, der allbekannte Geograph ist in Gotha vor wenigen Tagen gestorben.

Die Vorschriften des § 1 finden auf Verbindungen jeder Art Anwendung.

Jedoch sind eingetragene Genossenschaften, registrierte Gesellschaften, eingetragene Hilfskassen, und andere selbständige Klassenvereine, welche nach ihren Statuten die gegenseitige Unterstützung ihrer Mitglieder bezwecken, zunächst nicht zu verbieten, sondern unter eine außerordentliche staatliche Kontrolle zu stellen.

Die mit der Kontrolle betraute Behörde ist befugt,

- 1) allen Sitzungen und Versammlungen des Vereins beizuwohnen;
- 2) Generalversammlungen einzuberufen und zu leiten;
- 3) die Bücher, Schriften und Kassenbestände einzusehen, sowie Auskunft über die Verhältnisse des Vereins zu erfordern;
- 4) die Ausführung von Beschlüssen, welche zur Förderung der im § 1 Abs. 2 bezeichneten Bestrebungen geeignet sind, zu untersagen;
- 5) mit der Wahrnehmung der Obliegenheiten des Vorstandes oder anderer leitender Organe des Vereins geeignete Personen zu betrauen;
- 6) die Klassen in Verwahrung und Verwaltung zu nehmen.

Wird durch die Generalversammlung den Vorstand oder ein anderes leitendes Organ des Vereins den von der Controlbehörde innerhalb ihrer Befugnisse erlassenen Anordnungen zuwidergehandelt oder treten in dem Vereine die in § 1 Abs. 2 bezeichneten Bestrebungen auch nach Einleitung der Kontrolle zu Tage, so kann der Verein verboten werden.

Sind mehrere selbständige Vereine der vorgedachten Art zu einem Verbände vereinigt, so kann, wenn in einem derselben die in § 1 Abs. 2 bezeichneten Bestrebungen zu Tage treten, die Ausschließung dieses Vereins aus dem Verbände und die Kontrolle über denselben angeordnet werden.

In gleicher Weise ist, wenn die bezeichneten Bestrebungen in einem Zweigvereine zu Tage treten, die Kontrolle über diesen zu beschränken.

Minister Graf Eulenburg meint, daß kein Zweifel darüber obgewaltet habe, daß unter dem Ausdruck „Vereine“ in der Vorlage auch eingetragene Genossenschaften und registrierte Gesellschaften“ begriffen würden, sofern sie unter die Bestimmung im ersten Absatz subsumirt werden müßten. Die von der Subcommission ausgearbeiteten Amendements seien als wesentliche Verbesserungen der Vorlage anzuerkennen; die Tendenz, welche ihnen zu Grunde liege, werde von den Regierungen in vollem Maße getheilt und einzelne Bedenken gegen die Fassung würden daher zurückgedrängt. Abg. Hänel bestreitet, daß eingetragene Genossenschaften je zu Zwecken politischer Art gemißbraucht werden. Staatsminister Abeken erklärt, daß alle Arten von Handelsgesellschaften bei ihrer Verwendung zu sozialdemokratischen, verbotenen Bestrebungen dem Gesetze unterliegen.

Der Antrag der Subcommission wird nach Ablehnung einiger Lasker'scher Amendements angenommen.

Der conservative Abgeordnete Gohler will die Bundesregierungen durch seine Amendements vertreten und hat das Amendement eingebracht, die „Umsturzcommission“ umzustürzen und die „Untergrabungscommission“ wieder aufzurichten, damit regierungseits dem Liberalismus noch etwas leichter mitgespielt werden kann. Armer Lasker! All' Dein Duden und Wäden hat also nichts geholfen und der Liberalismus muß erst sein Todesquäntchen vernehmen lassen. — — —

In der Sitzung vom Mittwoch wird das Amendement Gohler, welches die „Untergrabung“ wiederherstellen will, abgelehnt; außerdem der Satz in demselben: „oder die Eintracht der Bevölkerungsklassen“ gestrichen. — Wir wollen für heute nur die entscheidenden Paragraphen und deren Änderungen bringen, da wir den Gesetzentwurf, wie er aus der zweiten Lesung der Commission, also fertig zur Verathung im Plenum hervorgegangen ist, vollständig unseren Lesern noch mittheilen werden.

§ 6 lautet:

Druckschriften, in welchen sozialdemokratische, sozialistische und communisistische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden oder die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage treten, sind zu verbieten.

Bei periodischen Druckschriften kann das Verbot sich auch auf das fernere Erscheinen erstrecken, sobald auf Grund des Gesetzes das zweite Verbot einer einzelnen Nummer erfolgt.

Graf Eulenburg erklärt, die Regierungen legten großen Werth auf die Ablehnung von Amendement 2; es ist dies der in erster Lesung hineinamendirte Zusatz, wonach der gänzlichen Unterdrückung einer Zeitschrift eine Verwarnung vorausgehen muß. — Abg. Lasker tritt für Fassung der ersten Lesung ein. Es handle sich hier darum, ob man eine systematische Unterdrückung der sozialdemokratischen Presse beabsichtige, oder den Versuch machen wolle, dieselbe zu zwingen, sich mit ihrer Wirksamkeit innerhalb des Rahmens dieses Gesetzes zu halten. — Die Abgg. Reichenpferger und Lasker fragen an, ob nach der Auffassung der Regierung das in diesem Paragraphen ausgesprochene Verbot auch rückwirkende Kraft habe. — Graf Eulenburg: Im Entwurf seien zwei Dinge verschieden behandelt: das Verbot einer einzelnen Nummer einer Zeitung und das Verbot des ferneren Erscheinens eines Blattes. Daß hierfür auch das bisherige Verhalten einer Zeitung die Grundlage abgeben könne, unterliegt in der Absicht des Bundesraths keinem Zweifel. Dabei sei von einer Rückwirkung des

Gesetzes nicht die Rede, wie schon Dr. Gneiß nachgewiesen habe. Daß die sozialdemokratischen Blätter eine neue Richtung einge schlagen werden, ist verständigerweise nicht anzunehmen. Praktische Zweckmäßigkeit stehe dem Verwarnungszusatz nicht zur Seite. Die Tendenz einer Zeitung bedarf nicht noch der Verbreitung einer oder zweier Nummern, um unzweifelhaft erkennbar zu sein. Entscheidend ist die ganze Vorgeschichte. Es ist allerdings kein Mittel gegeben, zu verhindern, daß eine Zeitung unter neuem Namen wieder erscheint. Eine Waffe zur Unterdrückung sozialdemokratischer Blätter ist unentbehrlich: Geben Sie sie uns ganz, oder lieber gar nicht. — Abg. Hänel hat nie die jetzt dargelegte Auffassung der Regierung bezweifelt. — Bei der Abstimmung wird der erste Absatz des § 6 in Gemäßheit der zu § 1 gefaßten Beschlüsse mit 15 gegen 5 Stimmen modificirt. Im zweiten Absatz wird der in der ersten Lesung angenommene Zusatz, wonach das Verbot des ferneren Erscheinens einer periodischen Druckschrift erst mit dem zweiten Verbot einzelner Nummern erfolgen kann, dahin abgeändert, daß jenes Verbot bereits mit dem ersten Verbot einer einzelnen Nummer erfolgen kann. Für die Streichung des Wortes: „Zweiten“ stimmen 11 Mitglieder. Für Aufrechthaltung des so modificirten Satzes sind 12 Mitglieder der Commission. Der ganze Paragraph wird mit gleicher Mehrheit angenommen.

Der Anfang des § 20 lautet in der Fassung der ersten Lesung:

Für Bezirke oder Ortschaften, welche durch die in § 1 Abs. 2 bezeichneten Bestrebungen mit unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedroht sind, können von den Centralbehörden der Bundesstaaten die folgenden Anordnungen, soweit sie nicht bereits landesgesetzlich zulässig sind, mit Genehmigung des Bundesrathes für die Dauer von längstens Einem Jahre getroffen werden:

- 1) daß Versammlungen nur mit vorgängiger Genehmigung der Polizeibehörde stattfinden dürfen; auf Versammlungen zum Zweck einer ausgeschriebenen Wahl zum Reichstag oder zur Landesvertretung erstreckt sich diese Beschränkung nicht;
- 2) daß die Verbreitung von Druckschriften auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten nicht stattfinden darf;
- 3) daß Personen, von denen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung zu beforgen ist, der Aufenthalt in den Bezirken oder Ortschaften außerhalb ihres Wohnortes verlagert werden kann;
- 4) daß der Besitz, das Tragen, die Einführung und der Verkauf von Waffen verboten, beschränkt oder an bestimmte Voraussetzungen geknüpft wird.

Abg. v. Gohler beantragt die Streichung der Worte: „oder der Landesvertretung“. — Minister Graf Eulenburg verlangt die Streichung des Wortes: „unmittelbarer“ in Abs. 1 und der Worte: „außerhalb ihres Wohnortes“ in Abs. 3. Bei der Abstimmung werden die Worte: „unmittelbaren“ und „außerhalb ihres Wohnortes“ aufrecht erhalten, dagegen die Streichung der Worte: „sowie der Landesvertretung“ mit 11 gegen 9 Stimmen beschlossen.

Schließlich wird der § 22, betreffend die Dauer der Gültigkeit des Gesetzes bis zum 31. März 1881, mit 13 gegen 7 Stimmen angenommen, nachdem der Antrag v. Schwarze auf 5 Jahre mit derselben Stimmenmehrheit abgelehnt war.

Bei der Schlussabstimmung wird das ganze Gesetz mit 11 gegen 8 Stimmen angenommen; dagegen das Centrum und der Fortschritt. Abg. Lasker enthält sich der Abstimmung.

Somit ist es also auch mit dem rein Lasker'schen Gesetzentwurf nichts geworden. Man kann denselben nunmehr taufen: „Conservativ-laskerhaftes-regierungsfreundliches Umsturzgesetz alles gemeinen Rechts und aller staatsbürgerlichen Freiheiten.“

— Der christlich-sozial-conservative „Staatssozialist“ liest den Conservativen bei Besprechung des „Sozialistengesetzes“ in einer Weise den Text, die an die bekannten Däsen des Geheimen Rath Wagners lebhaft erinnert. Hören wir dies einmal an und freuen wir uns:

„Herr Lasker“, sagt das Blatt, „auf welchen, wie auf einen Reichsfeind schlimmster Sorte, eine Zeitlang förmlich offizielle Klapperjagd gemacht wurde, ist als großer Mann und Reichsfreund etabliert und beherrscht bereits, da wir dies schreiben, die Abstimmungen der Commission für das Sozialistengesetz in einem Maße, daß nicht mehr die Regierungsvorlage, sondern seine Anträge die eigentliche Unterlage der Verathung bilden, und daß selbst die „Conservativen“ einstimmig für seine Amendements eintreten. Letztere bewahren damit denselben staatsdemokratischen Scharfblick, Kraft dessen es ihnen bereits bei der Präsidentenwahl gelungen ist, sich glücklich zwischen zwei Stühle zu setzen, und sie werden deshalb auch, wenn sie auf diesem Wege beharren, die deutsch-conservative Partei in ähnlicher Weise zu Grabe tragen, als dies seinerzeit ihrer „christlich-germanischen“ Vorgängerin in den fünfziger Jahren widerfahren ist. Bekanntlich ist die sogenannte „christlich-germanische“ Reaktion gegen die mit dem Jahre 1848 auftretende und damals bereits mit sozialen Elementen gemischte Demokratie daran zu Grunde gegangen, daß die thätlichen Träger jener Bewegung, obgleich man in der Theorie stets die „christliche“ Trompete blies und von „germanischer Selbstregierung“ sowie von „organischer Staatsverfassung“ den Mund überaus voll nahm, doch in der That in ihrem Herzen dem Polizeistaat den Vorzug gegeben, demzufolge sich praktisch zu prinzipiellen willkürlichen Dienern einer liberalisirenden Bureaucratie

erniedrigten und nach dem seinerzeit viel bespöthelten Programm das „Ja, aber dennoch“, das ganze christlich-germanische Wesen in die Kniee warfen, sobald die damaligen Machthaber zur Vermeidung kleiner Verlegenheiten eine kleine Biegung und Verleugnung in Anspruch nahmen. Das Ziel, bei welchem man mit dieser Politik anlangte, war selbstverständlich nicht der „christlich-germanische Staat“, sondern eine Nachahmung des bonapartistischen Präfecten-Regiments, eine gesteigerte, durch Parteihass ererbterte willkürliche bureaukratische Wirklichkeit, deren Aufstöhnen schließlich von allen Seiten als eine Wohlthat empfunden wurde, so daß heute fast Niemand mehr sich zu derselben zu bekennen wagt. Die Vorwände, deren man sich damals bediente, waren dieselben, welchen wir heute begegnen: zuerst wieder „Ordnung zu machen“, das „Christlich-Germanische“ würde man dann später besorgen. Oder ist es etwas Anderes, wenn in den Reden, welche die ausnahmsweise Maßregelung der Sozialdemokratie befürworten und damit eine polizeiliche Aera inauguriren, neben welcher der selbige Metternich als ein verschämter Revolutionär erscheint, stets der Refrain wiederkehrt: Das ist gar eigentlich nicht das Richtige, aber dennoch müssen wir es thun, da ja die Regierung es wünscht; es kommt zwar hauptsächlich darauf an, der Religion im Volke wieder Eingang zu verschaffen, aber dennoch sind Stockprügel und Gefängniß kein zu unterschätzendes Mittel, die Herzen des Volkes der religiösen Belehrung zu öffnen und ihm insbesondere die Biagellanten als Bsprediger angenehm zu machen; es ist zwar Alles vergeblich, wenn es nicht gelingt, den sittlichen Geist und die Moralität neu zu beleben, aber dennoch werden wir uns einweisen damit behelfen, mit sittlicher Entrüstung Zeitungen und Vereine zu verbieten und Versammlungen aufzulösen, die Sittlichkeit wird sich alsdann im Verborgenen einstellen. Haben wir es aber schon hier mit einem logischen Widerspruch zu thun, der nichts zu wünschen übrig läßt? — — —

So fährt der „Staatssozialist“ noch eine Zeitlang fort und beweist zur Evidenz, daß der Polizeibüffel der berufene Bannerträger der „Conservativen“ ist, die keine Ahnung davon haben, daß sie selbst gar keine Partei mehr sind, sondern lediglich ein Regierungsanhänger. Wie sagte der Geheimrath Wagner? „Meine Parteigenossen sind zumeist Däsen von Natur, oder Däsen aus Prinzip!“

— Herr Adolf Wagner veröffentlicht in der „Frankfurter Zeitung“ folgende Erklärung:  
„Berlin, 23. Genthner Straße, 27. Sept. 1878.  
Geehrte Redaktion!

Erst heute erfahre ich von einer Behauptung, die Herr Dr. R. Meyer in Ihrer Zeitung vom 16. d. Mts. in Bezug auf die von Herrn Schumacher-Zachlin und mir herausgegebenen Briefe von Lassalle an Rodbertus aufgestellt hat.

Sie werden eine Berichtigung des Hrn. Schumacher erhalten haben, der ich mich nur Punkt für Punkt anschließen kann. Ich erlaube mir aber noch ein paar Bemerkungen hinzuzufügen, um deren Aufnahme in Ihrer Zeitung ich höflich bitte.

Die Briefe Lassalle's sind nach einer Abschrift, welche Rodbertus selbst für diesen Zweck bestimmt haben soll, abgedruckt worden. Ich habe diese Abschrift aber zuvor genau mit dem Originale verglichen, welches mir Frau Dr. Rodbertus, die Witwe des Adressaten, zuzustellen die Güte hatte. Der Abdruck in unserer Ausgabe entspricht bis auf zwei unwesentliche Auslassungen genau dem Original, wofür ich mit meinem Wort bürgte. Die Auslassungen beziehen sich §. 47 auf den Namen eines volkswirtschaftlichen Schriftstellers, über den Lassalle ein unbillig hartes Urtheil fällte, und §. 95 auf einen Ausdruck, mit welchem verschiedene Schriftsteller der deutschen Freihandelspartei übermäßig grob bezeichnet wurden. Sonst ist auch nicht ein Wort, geschweige eine oder mehrere, vollends wichtige Stellen in dem Briefwechsel weggelassen oder willkürlich verändert worden, also auch kein „correciter Text“ wiederherzustellen.“

Die Originalbriefe bildeten ein eingeknöpftes Convolut und waren alle nummerirt. Ich kann bestimmt bezeugen, daß in keinem dieser Briefe eine Stelle oder ein Blatt weggelassen sein kann, weil sich dies bei der Prüfung sofort hätte ergeben müssen.

Ausschlüsse, welche Herr Dr. Meyer von Rodbertus aus diesen Briefen erhalten haben will, könnten daher nur in anderen als mit zur Verfügung gewesenen Briefen enthalten gewesen sein. Ich muß aber durchaus das Vorhandensein solcher Briefe Lassalle's an Rodbertus bezweifeln. Einmal wäre gar kein Grund gewesen, diese Briefe apart zu behandeln, sodann ergiebt die von uns publicirte Serie Briefe keine Lücke, wie man sich leicht überzeugen kann und wie zum Ueberflus aus der von Rodbertus herrührenden Nummerirung der Briefe zu constatiren ist.

Hochachtungsvoll  
Prof. Dr. Adolf Wagner.

— Der ertappte Lügner gefiehet bekanntlich nie ein, daß er gelogen hat — er ist bloß das Opfer eines Irrthums geworden, oder wie sonst die Axtrede lautet. So sucht jetzt auch das „Berliner Tageblatt“, da es gegenüber der kategorischen Erklärung Dirich's seine diesen betreffenden „altenmännigen“ Lügen nicht aufrechterhalten kann, sich in folgender Weise, wenn auch nicht rein, doch wenigstens von dem dicksten Schmutz freizulügen: „Der Auszug aus den Akten contra Robiling, den wir jüngst zu veröffentlichen in der Lage waren, hat bezüglich der Beziehungen Robiling's zu Karl Dirich in Paris von mittelbar

und unmittelbar befehliger Seite einen so entscheidenden Widerspruch erfahren, daß wir uns veranlaßt fanden, über diesen Punkt neue Nachforschungen anstellen zu lassen, welche in der That ergeben haben, daß jener Widerspruch nicht unbegründet zu sein scheint. In einem der späteren Verhöre Nobiling's hat derselbe Angaben gemacht, welche darauf hindeuten, daß er nicht in der Lage gewesen sei, während seines Aufenthaltes in Paris von den ihm von den Dresdener Freunden an Karl Hirsch mitgegebenen Empfehlungen Gebrauch zu machen. Wir waren i. B. nicht im Stande, den von uns erworbenen Auszug mit den Akten selbst zu collationiren, so daß wir selbstverständlich das Versehen nicht wahrnehmen und ausgleichen konnten. Jetzt, nachdem wir dasselbe durch sichere Hand festgestellt, beilegen wir uns, es zu berichtigen.

Also das Opfer eines „Versehens“ ist das unschuldige „Tageblatt“. So leicht Kaufs soll es aber nicht davon kommen. Wir fragen hiermit das „Berliner Tageblatt“ und den Untersuchungsrichter Nobiling's, ob es wahr ist, daß das „Berliner Tageblatt“ wirklich einen „Auszug aus den Akten erworben“ hat oder nicht?

Wenn ja, dann liegt ein schwerer Bruch des Amtsgeheimnisses vor, der bestraft werden muß.

Wenn nein, so hat das „Berliner Tageblatt“ ein gefälschtes Dokument veröffentlicht, dessen Urheber und Verbreiter zur Strafe zu ziehen sind.

In beiden Fällen ist, abgesehen von der „öffentlichen Moral“, mit der unsere Gegner jetzt so gern prahlen, das Strafgesetzbuch verletzt worden.

Was speziell noch das „Berliner Tageblatt“ angeht, so hat es sich, selbst in dem ihm günstigsten Fall, d. h. wenn es wirklich einen „Auszug aus den Akten“ erworben hat, sich nicht eines bloßen „Versehens“ schuldig gemacht. Denn ein „Auszug aus den Akten“ kann nicht etwas enthalten haben, was nicht in den Akten steht.

Also heraus mit der Wahrheit! Wer hat den „aktenmäßigen“ Lügenbericht des „Berliner Tageblatt“ angefertigt? Hat ein Beamter dabei mitgewirkt, oder ist der Lügenbericht in dem Redaktionslokal des „Berliner Tageblatt“ fabriziert worden? —

Und nun abermals die weitere Frage: Wer hat die erste Depesche, in der Nobiling den Sozialdemokraten an die Rochschöhe gehängt ward, angefertigt und in Umlauf gesetzt? Wir wiederholen diese Frage gerade jetzt, weil das oben abgedruckte Lügenbekenntnis des „Berliner Tageblatt“ Nobiling von den Rochschöpfen des einzigen Sozialdemokraten, an die man ihn ernstlich zu praktizieren sich bemühte, feierlich entfernt hat.

Nur keine Skrupel. Professor Wiedermann, der vor 30 Jahren selber sehr stark „von kommunistischen Gift durchschleucht“ war, schreibt jetzt in seiner „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ betreffs der „Rekursinstanz“ des Ausnahmegesetzes:

„Für nicht richtig halten wir es, daß die liberalen Mitglieder der Commission alles Gewicht nur auf die „Rekursinstanz“ legen. Denn für erste verträgt die Natur eines „Ausnahmegesetzes“ eine streng richterliche Controale nicht; eine halb- oder ganzrichterliche aber setzt deren richterliche Mitglieder selbst der Gefahr aus, ihrer juristischen Strenge Abbruch zu thun aus der Sache nach vielleicht gerechtfertigten Rücksichten eben auf den besondern Charakter und Zweck des Gesetzes. Sodann vergesse man doch nicht, daß fast jede nachträgliche Remedur, z. B. bei Zeitungsverboten meist zu spät kommen und ein etwa gefehlendes Unrecht nicht wieder gut machen würde. Auf der andern Seite, wenn man meint, schon die Möglichkeit einer Cassation ihrer Entscheidungen durch die Controlbehörde werde die Exekutivbehörde vorsichtig machen, so könnte dies auch leicht in ein Zwiel umschlagen, welches ebenso nachtheilig wäre, es könnte die Exekutivbehörde übermäßig machen, sodas sie auch in den Fällen, wo es notwendig und unbedenklich wäre, nicht resolut zugriffe. Nicht zu gedenken dessen, daß jede Wiederaufhebung eines Aktes der Verwaltung durch die Controlbehörde ein Triumph für die Sozialdemokratie und eine Stärkung ihrer Agitation sein würde.“

Mit anderen Worten: lieber dem Segner Unrecht thun, und bei dem Unrecht beharren, als dem Gegner durch Anerkennung seines Rechts einen „Triumph“ bereiten! Drahtischer kann sich die sittliche Verkommenheit des Nationalliberalismus nicht ausdrücken als in diesem Satz. Die ehemalige „Anstands dame“ hat offenbar begriffen, daß, wenn man einmal von dem Boden des Rechtes abgewichen ist, wie es mit dem Ausnahmegesetz geschehen, dann auch von „Recht“ nicht mehr die Rede sein kann. Dieser Egoismus ist immerhin noch der „politischen Heuchelei“ Derer vorzuziehen, die Recht und Gesetz heuchlerisch im Mund führen, während sie Recht und Gesetz mit Knütteln lobtschlagen. Herr Lasler kann von Herrn Wiedermann jedenfalls Offenheit lernen.

Parteilose Brunwald zu Altenburg ist am Montag früh, zusammengekommen mit einem Betrüger, in die Strafanstalt nach Jöhlershausen transportiert worden.

### Wie die „Ordnungsmänner“ schreiben und denken.

Aus dem Schwabenland, 27. Septbr. „Daß das Glück des Menschen unabhängig von allen äußeren Gütern in ihm selbst, in dem Frieden mit Gott und in dem pflichtgemäßen Verhalten zur Mitwelt liege, daß dem treuen und

guten Herzen ein Quell der reinsten Freuden fließt, das war bis vor einiger Zeit die Lehre, die unserem Volke in allen Ständen als ein köstliches Gut und als der einzige Leitstern des Lebens eingepflanzt wurde. Heute kommt die Sozialdemokratie und will diesen Leitstern für ein künstlich erfundenes Trugbild ausgeben.“ — So die „Provinzial-Correspondenz“ in dem im „Vorwärts“ besprochenen Artikel.

Welche schwächliche Sprache: „das war bis vor einiger Zeit die Lehre u. s. w.“ Bis zu welcher Zeit? Etwa bis dahin, wo der Kapitalismus in schonungsloser Weise und eigentümlicher Auffassung eines „pflichtgemäßen Verhaltens zur Mitwelt“ anfing, den Wohlstand der kleinen Leute und der Arbeiter zu untergraben? Ober bis dahin, wo die „Gebildeten“ keinen Anstand mehr nehmen, laut zu verkündigen, daß Religion wohl für das Volk, für Kinder und alte Weiber gut sei und man allerdings dem Volke die Religion nicht nehmen dürfe, da es sonst dem „rohen Materialismus“ anheimfalle, während der Materialismus der „Gebildeten“ dem Staate keine Gefahr bringe? Nun es bedarf keiner weiteren Untersuchung über diesen Zeitpunkt. Hat doch zu allen Zeiten die herrschende Klasse sich mit Leichtgläubigkeit ihre Ausnahmestellung zu konstruiren gewußt und war jederzeit bestrebt, dem „Volke“ diesen „einzigen Leitstern des Lebens“: die Liebe zur Entzagung „einzupflanzen“ und zu erhalten.

Wer Gelegenheit hat zu hören, wie viel Hohn und Spott gerade der kleine Ueberrest derjenigen zu ertragen hat, welche es wirklich aufrichtig mit ihrem religiösen Glauben meinen, seien es Angehörige irgend welcher Religion — Spott, nicht etwa von dem offenen erklärten Materialismus, sondern von denen, welche sich, ohne aus ihrer Religionsgemeinschaft auszutreten, damit brüsten, den kindlichen religiösen Anschauungen entgegen zu sein — der muß sich mit Abscheu abwenden von dieser Heuchelei, welche im geeigneten Moment dem „Volke“ die Religion zu erhalten sucht und zeitweise die frommsten Menschenarten in den Mund nimmt. So waren dieselben Blätter, denen die Religion schon längst ein Gegenstand vornehmer Betrachtung geworden, bei dem leinsten Begehren des reaktionären Regierungswindes sofort bei der Hand, davon zu reden, daß dem Volke das religiöse Bewußtsein nicht abhandeln kommen dürfe. So war Birchow bereit in seinen politischen Ängsten, die freie Wissenschaft einzudämmen, indem er seine wissenschaftliche Autorität mißbrauchte, ohne ein eigenes freimüthiges Bekenntnis abzulegen, daß er für seinen Theil fest an einem überlieferten Gottesglauben hänge.

Man kennt das Vöckeln der römischen Aaguren, man kennt das Schmolzen der Redakteure, welche vom „Frieden mit Gott“ und den „reinsten Freuden“ der Entzagung reden. Und welches sind die Stände, die diese Entzagungen ruhig und geduldig ertragen und immer wieder hoffen und harren, bis die Stunde einer Erlösung für sie schlägt. Sie kommen und gehen von Geschlecht zu Geschlecht, die von Noth und Elend gedrückten Klassen des arbeitenden Volkes, stumm ihr Joch zu tragen; und wenn nach langen Zeiträumen dann und wann dem Volke zum Bewußtsein kommt, daß von Oben nimmer Hilfe kommt, so wird der kleinste Versuch, sich selbst zu helfen, in elendester Weise verdächtigt. So ist denn auch das Geschrei, welches die Ordnungspartei von heute erhebt über den Materialismus, welchem das Volk durch die sozialdemokratische Agitation zugeführt werde, nichts anderes, als der Grabmesser für die Moral der Ordnungsparteien, welche den Materialismus des Volkes bekämpften, um dem Materialismus der „Gebildeten“ das Feld frei zu halten.

Ein reicher Fabrikant, der als typische Figur eines solchen Ordnungsmannes gelten kann, gab einem Theologen, der ihn über sein Verhältnis zum Glauben über die Unsterblichkeit der Seele befragte, die Antwort, daß er weit entfernt sei, diesen Glauben zu theilen. Befragt, wie er sich denn in der Arbeiterfrage verhalten würde, wenn er selbst Arbeiter wäre und zugleich diese irreligiösen Anschauungen hätte, sagte er ruhig und mit Ueberzeugung: dann wäre er Sozialdemokrat; er könne überhaupt nicht verstehen, wie ein Arbeiter etwas anderes sein könne. — Und wie dieser, so der ganze Haufen jener, welche lächeln über die Gutmüthigkeit des Volkes, für dessen Glauben an Gott und Unsterblichkeit sie fürchten, nicht um des Volkes, sondern um ihrer willen. Ja wären diese aufgeklärten Geister der „Gebildeten“ in die Fesseln der Knechtschaft geschlagen, in welchen sie das geduldige Volk halten wollen, es wäre aus mit ihrem Gerede von dem „treuen und guten Herzen, welchem ein Quell der reinsten Freuden fließt“ und ihr Wahl-spruch wäre ein anderer, als der maßvolle Ruf der Sozialdemokratie nach Menschenrecht und gleicher Existenzberechtigung für Alle.

Was sie fürchten von der sozialdemokratischen Bewegung ist nichts anderes, als daß die herzlose Vernichtung der zahllosen Existenzen ihrer Volksgenossen, ihrer Mitmenschen, sich mit solchen Mitteln an ihnen rächen würde, mit welchen sie das Joch abschütteln würden, hätten sie es zu tragen. Sie sehen im Traume ihre eigene Frage und haben kein Verständnis für den unschuldigen Ruf der Bedrückten nach Freiheit, nach Erlösung aus den Banden der „Lohnschlaverei“.

Sie haben kein Verständnis oder wollen keins haben, weil die Sorge für die Stillung ihres materiellen Heißhungers ihnen keine Zeit läßt, auch nur an die geringste Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen zu denken. Was sie thun, das ist nicht mehr, als was die Patrizier Roms auch gethan haben, wenn das Volk nach Verbesserung seiner Lage schrie — sie riefen: *videntur consules ne quid detrimenti res publica capiat*, d. h. sie riefen nach Belagerungszustand, nach

Diktatur. Gewalt war auch ihre einzige Antwort auf die Bitten des Volks.

Das stolze Rom aber fiel bald schon in Trümmer.

### Correspondenzen.

Lüttich, Ende September. Hoffentlich haben Sie in Ihrem Blatte ein Plätzchen, um den Genossen in Deutschland Einiges über die Zustände in den Reichslanden mittheilen zu können. Denn auch dort sieht es nicht rosig aus, im Gegentheil, es sind auch da die Denunzianten an der Arbeit. So geschah es bald nach dem ersten Attentate, daß man mich z. B. der Polizei als Sozialdemokrat bezeichnete, worauf auch sofort bei mir eine Haus-suchung abgehalten wurde. Dieselbe mußte natürlich erfolglos bleiben, da man ja bei mir nur die „Berliner Freie Presse“, einige Broschüren und eine Wahlvereins-Mitgliedskarte finden konnte und fand. Der Hr. Commissar wollte durchaus wissen, was das für Versammlungen seien, die ich jeden Sonntag in Mech abhalte. Dort sollten auch Soldaten verkehren u. s. w. Mir war nur bewußt, daß ich ab und zu mit Soldaten einen „Schachlopp“ gespielt hatte — von Versammlungen jedoch keine Spur. Darauf entfernten sich die Herren. Es fanden nun eine ganze Reihe Haus-suchungen hier und in der Umgegend statt, jedoch Alles ohne Erfolg; von Verschönerung u. s. w. keine Spur. — Am 2. Pfingstfeiertag waren verschiedene Bekannte auf einem Ausflug begriffen und wurde dabei ein Gefinnungs-genosse überfahren. Die Polizei erkundigte sich nach dem Ueberfahrenen und es sollte herausgefunden worden sein, daß der Kranke ein Sozialdemokrat und Ausländer sei und demzufolge wurde derselbe kaum halb genesen aus dem Krankenhause geholt und über die Grenze gebracht. Wieder ein Anderer wurde von seinem Meister als Sozialdemokrat denunziert und auch baldigst ausgewiesen, trotzdem der Mann niemals Mitglied der sog. Partei gewesen ist. So könnte ich mehrere Fälle anführen. Schon glaubte ich, die Polizei habe mich vergessen, da plötzlich erschien ein Schutzmännchen, der mich und meine Frau auf's Polizeibureau mitnahm. Dort im höchsten Grade unfreundlich aufgenommen, führte man uns zur Polizeidirektion, wo uns der Beschluß des Präsidenten verlesen wurde, wonach wir binnen fünf Tagen das Land zu verlassen hätten. Mit vieler Mühe hatten wir uns wieder eine Arbeiter-Eristenz geschaffen und nun sollte dieselbe aufgegeben werden? Es ist nicht so leicht für einen Arbeiter mit Weib und Kind herum zu ziehen und Brod zu schaffen und verzweiflungsvoll rangen die Meinigen die Hände. Alles Protestiren half nichts — ich mußte fort — nur den Reingigen wurde eine zehntägige Frist gestattet. Auf diese Weise war wieder eine Eristenz vernichtet, aber den Sozialismus, den man doch damit austreiben wollte, nimmermehr! Im Gegentheil, der Haß gegen eine Gesellschaftsordnung, in der der Arme der Willkür einzelner Klassen unterworfen ist, frist tiefer und tiefer, Weib und Kind saugen ihn ein und sorgen für Weiterverbreitung.

So, Genossen, sieht es in den Reichslanden aus; wozu Deutschland noch Ausnahme-gesetze braucht, ist nicht zu begreifen, hier hat man es doch, wie man es haben will, wozu solche Umstände? Und trotzdem treibt man den Teufel nicht aus und auch ich halte treu zur Sache und hoffe ein Gleiches von allen deutschen Arbeitern.

A. Reelsen.  
Erfurt, 29. September. Vergangene Woche sind in der Gewehrfabrik circa 150 Schlosser gekündigt worden. Einer der aus der Arbeit Entlassenen — ein Familienvater — beging in Folge dessen einen Selbstmord.

Aöln, 28. September. Bekanntlich wurden die Parteigenossen Diehgen, Schumacher und Kröger am 10. August d. J. vor dem königlichen Justizpolizeigerichte hieselbst von der Beschuldigung freigesprochen, als Verfasser, Verleger und Verbreiter der Broschüre „Die Zukunft der Sozialdemokratie“ sich gegen die Paragraphen 110, 130, 131 und 166 des Reichsstrafgesetzbuchs ver-gangen zu haben. Das öffentliche Ministerium hatte gegen das freisprechende Urtheil Berufung eingelegt. Gestern wurde die Sache vor der Appellkammer des Justizpolizeigerichts in zweiter Instanz verhandelt. Der Herr Staatsanwalt beantragte, wie auch der Staatsanwalt erster Instanz, gegen Diehgen 1 Jahr, gegen Schumacher 9 Monate, gegen Kröger 6 Monate Gefängnis und Vernichtung der Broschüre. Nach einer glänzenden Verteidigung der Angeklagten von Seiten des Herrn Advokat-Anwalt Dr. Liffem wurde die Berufung des öffentlichen Ministeriums verworfen und das Urtheil erster Instanz aufrecht erhalten. Die Angeklagten sind also freigesprochen und die Beschlagnahme der Broschüre ebenfalls aufgehoben.

Aus dem Vogtlande. Das Ausnahme-gesetz steht vor der Thür, und bald wird es, nach wie es hervorgegangen aus der Hand seines genialen Erzeugers oder vom Reichstage mit einem galligen Mäntelchen behangen, hereintreten in das „freie“ deutsche Reich, von den Ordnungshelden mit strahlender Freude, von uns, als Ritter von der traurigen Gestalt, mit einem mitleidigen Lächeln empfangen. Denn welche vergebliche Mühe, die Sozialdemokratie, den Geist der neuen Zeit, tödten zu wollen! Zwar kann man uns, seinen Verfeindern, verbieten, es als unsere alleinige Lebensaufgabe zu betrachten, die Sache der Menschheit zu fördern, doch sollten wir mitten in unseren Vergnügungen es als das größte Vergnügen betrachten, uns ein wenig über Politik und Volkswirtschaft zu unterhalten, sollten wir so, bei der Arbeit und in geselligen Vereinen, unsere Sache zu fördern suchen, so wird sich das Schwer verbieten und noch schwerer durch Strafen verfolgen

lassen. Und unsere Partei wird in Zukunft recht sehr vergnügungslüchtig werden. Unsere Mitslieder werden sich zumal zumal zu Gesang-, theatralischen, deklamatorischen und ähnlichen Vereinen. Dort wird die nöthige Wärme für unsere Sache die dem Einzelnen für sich abgeht, sich erzeugen und weiter verbreiten. Doch Beispiele beweisen.

Vergangenen Sonntag, den 15. September, rüdten Sozialdemokraten aus Plauen, Pausa und Rühlstorf zu einem Spaziergange aus. (Und gemeinschaftlich spazieren gehen können wird man wohl auch später noch.) Nachmittags trafen Alle — eine hübsche Anzahl — verabredetermaßen im Dorfe Syrau zu sammen. Eine große Anzahl Umstürzler in einem so kleinen Dorfe! — und doch war von einer Erschütterung der Ordnung nichts zu merken. Aus allen Gesichtern leuchtete die Freude und nichts als die Freude. Das Vergnügen des Einzelnen war hier unter lauter Gleichgesinnten ein vollkommenes. Gesang, deklamatorische und andere Vorträge wechselten mit einander ab, und so flossen unter Ernst und Scherz die Nachmittagsstunden dahin, als wären sie Minuten. Da gerade — das Grafesfest hatte ihn mit sich gebracht — Tanz bei unserem freundlichen Wirthe stattfand, brachten die Nothen auch der Ruhe Terpsichore ihr Opfer. Und wenn auch — wie in der politischen Welt — einmal ein Reaktionsär vorantanzte, schließlich kam doch ein Sozialdemokrat und führte den Reigen an. Keine Noth war zu merken; alles bewegte sich in den Grenzen des Anstandes. Wie mögen die guten Syrauer sich gewundert haben, denen der „Vogtlandische Anzeiger“ immer nur das Gegentheil von uns vorgelesen! — Und so ein Spaziergang soll nicht für unsere Sache agitiren? Hat doch Mancher sich mit eigenen Augen und Ohren überzeugen können, daß wir ganz normale Menschen mit ganz vernünftigen Ansichten sind. Was Wunder, wenn da die ganze Furcht und der Schrecken vor uns, den Ihr Ordnungshelden so mühsam und künstlich herbeigeführt, verschwand, und uns die freundlichste Einladung wurde, bald wieder zu kommen? Und wir versprochen's. — Ja, in Zukunft wird man manchmal den deutschen Arbeiter der Stadt auf das Dorf zu seinen Brüdern spazieren gehen sehen. N.

Briefkasten  
der Redaktion. S. G. in Zürich: Wenden Sie sich an Dr. Douai in Newyork. Adresse: Dr. A. Douai, Newyork, U. S., Broadway between 44th & 45th Str.

Frankfurt a. M. Alle Abonnenten, die noch auf sozialistische Blätter Abonnementgelder schulden und trotz mehrfacher Mahnung ihre Pflichten nicht erfüllt haben, werden hiermit nochmals aufgefordert, bis zum 13. d. M. den schuldenden Betrag zu entrichten, widrigenfalls sie veröffentlicht werden. [0,70] W. Knole.

### Tabelle d. Wahlen zum Reichstage 1878.

Von vielen Empfängern dieser Wahltabelle ist noch keine Zahlung eingegangen. Ich ersuche daher dringend, nunmehr sofort Geld und Abrechnung zu senden.

H. Oldenburg,  
Hamburg, Amelungstraße 5.

### Allgemeine Deutsche Associations-Buchdruckerei zu Berlin (Eingetr. Genossensch.)

Sonntag, den 3. November d. J., Morgens 10 Uhr, in Berlin im Lokale Kaiser Franz-Geenadier-Platz 8a III. Hof 2 Treppen links: [4,50]

### Außerordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung: Antrag des Vorstandes auf Liquidation des Geschäfts.  
Berlin, 4. Oktober 1878.

Der Vorstand.  
J. Auer: A. Baumann. Geinr. Radow.

### Südf Früchte und Speiseöle

sind am besten in feischester, reinster Qualität von Triest zu beziehen. Aufträge in jeder Qualität und Quantität werden ausgeführt von  
C. Benseheid,  
Triest, via Aquedotto Nr. 5.

In der Herder'schen Verlagsbuchhandlung in Freiburg ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:  
**Fanßen, Joh., Geschichte des deutschen Volkes seit dem Ausgange des Mittelalters.**  
I. Band cpl. gr. 8. (XLIV u. 616 S.)  
Inhalt des dritten Buches: I. Das landwirthschaftliche Arbeitsleben. II. Das gewerbliche Arbeitsleben. III. Der Handel und die Capitalwirthschaft.

„Für die drei nächsten Bände meines auf sechs Bände berechneten Werkes“, sagt der Verfasser in der Vorrede zum ersten Band, „habe ich aus mehr als 300 Folio-bänden und Convoluten neue archaische Materialien besammelt. Auch das gedruckte Material habe ich, mit Ausnahme der seit 1873 erschienenen neuen Quellen und Hülfsschriften, für diese drei Bände bereits durchgearbeitet und geordnet, und darf behaupten, wenn Gott Leben und Gesundheit gibt, die Hoffnung hegen, dieselben in möglichst rascher Folge veröffentlicht zu können.“  
Preis cpl. M. 6,60. Eleganz geb. in Originalband M. 7,80.

Berantw. Redakteur: Franz Gäßler in Leipzig.  
Redaktion und Expedition Herderstr. 12. II. in Leipzig.  
Druck u. Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.